

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Band: 94 (1997)
Heft: 7

Artikel: Nach Kopenhagen : kein Anlass zu Euphorie : Zwischenbilanz zwei Jahre nach dem Weltsozialgipfel
Autor: Kästli Meier, Beatrice
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840399>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach Kopenhagen: Kein Anlass zu Euphorie

Zwischenbilanz zwei Jahre nach dem Weltsozialgipfel

Unmittelbar nach dem Weltsozialgipfel von 1995 in Kopenhagen setzte die Schweiz eine Arbeitsgruppe ein. Sie sollte die innenpolitischen Folgearbeiten zu diesem Treffen leisten. Kürzlich nun lud die Arbeitsgruppe in Zürich zur öffentlichen Zwischenbilanz: Die Analyse der bestehenden Probleme ergab, dass sich die soziale Situation verschlechtert und dass «Kopenhagen uns mehr als uns lieb ist eingeholt hat».

Hat Kopenhagen etwas bewirkt? Das Fazit, das Jürg Krummenacher, Direktor der Caritas Schweiz, in seinem Einführungsreferat zog, fiel nicht eben euphorisch aus. Zwar sei nach der Konferenz in Regierungsverlautbarungen von «hoffnungsvollen Ansätzen» gesprochen worden. Der «Vater» des Sozialgipfels, UNO-Botschafter Juan Somavia, habe das Versprechen der Konferenz, die Armut dieser Welt zu bekämpfen, vollmundig gar als «historisch» charakterisiert. Positiv vermerkte der Referent, der Gipfel habe das Bewusstsein für die Armutprobleme geschärft, und verschiedene Regierungen hätten der Gleichstellung der Geschlechter einen hohen Stellenwert eingeräumt. Doch fehlte es laut Krummenacher nicht an kritischen Stimmen. So habe etwa der Entwicklungstheoretiker Franz Nuscheler die Ergebnisse des Gipfels als ein Meisterwerk der Papierdiplomatie an vagen Formulierungen und unverbindlichen Absichtserklärungen bezeichnet. Angesichts der bereits 1995 herrschenden Dramatik, seien die Konferenzbeschlüsse «Lyrik». Der Professor für internationale Politik habe daran erinnert, dass die zehn Verpflich-

tungen, auf die sich die 185 teilnehmenden Staaten einigten, so neu nicht gewesen seien (vgl. Kasten). Im wesentlichen seien sie bereits im 1966 verabschiedeten Sozialpakt festgeschrieben worden. Sie sind nicht in die Tat umgesetzt worden. Heute – wie damals – fehlt ein Kontrollverfahren über die Einhaltung der Verpflichtungen.

«Kopenhagen gibt es nicht!»

«Wie nun aber hält es die Schweiz», fragte Jürg Krummenacher weiter. Verstauben die Empfehlungen von Kopenhagen im Regal? «Ich weiss es nicht», gestand Krummenacher ein. Zwar stellt er auf der Ebene der Weltbank und der Regionalen Entwicklungsbanken einen Kurswechsel fest. Aber er bezweifelt, dass sich in der Schweizer Sozialpolitik in Bezug auf die drei Hauptpunkte der Konferenz – Armutsbekämpfung, aktive Beschäftigungspolitik und Förderung der sozialen Integration – etwas verändert hat. «Ich wage sogar zu behaupten: Kopenhagen gibt es nicht.» Zu beobachten sei vielmehr eine erhebliche Zunahme der sozialen Probleme, so beispielsweise die historisch einmalig hohe Arbeitslosenquote. Fast 200'000 Personen sind zur Zeit von Arbeitslosigkeit betroffen. Besonders bedenklich sei der Anstieg der Langzeitarbeitslosen und der Ausgesteuerten: 27,5 Prozent der Erwerbslosen sind länger als ein Jahr arbeitslos, rund 2'000 bis 3'000 Personen werden pro Monat ausgesteuert. Diese Entwicklung spiegle sich in der wachsenden Zahl von

Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern. Zwischen 1990 und 1996 hat sich ihre Zahl mehr als verdoppelt. «Rund 300'000 Personen sind heute auf Sozialhilfe angewiesen,» sagte der Referent.

Er verwies ferner auf die im Januar veröffentlichte Armutsstudie, die zeige, dass nicht mehr nur Randgruppen von Armut betroffen sind. Überdurchschnittlich viele Menschen – 71 Prozent aller Armen im Erwerbsalter – gehörten heute zu den «working poors», die zwar einer Erwerbsarbeit nachgehen, aber trotzdem am Rande der Armutsgrenze oder gar darunter leben müssten. Diese Zahlen zeigten, dass der Schweiz eine tiefe Spaltung der Gesellschaft drohe.

Trotz Kopenhagen ziele aber die sozialpolitische Diskussion nicht auf die Bekämpfung der Armut, sondern auf die Frage nach der Finanzierbarkeit und den Grenzen des Sozialstaates. Wichtiger sei aber, eine Diskussion darüber zu führen, wie Armut und Elend zu vermeiden seien, betonte Jürg Krummenacher. «Notwendig ist ein klares Konzept, wie der Wirksamkeitskrise unseres Systems der sozialen Sicherheit und der wachsenden Desintegration von ganzen Bevölkerungsgruppen begegnet werden kann.»

Die alten Rezepte sind untauglich

Anregungen dazu versuchte das anschliessende Podiumsgespräch mit Vertretern und Vertreterinnen aus Politik, Wirtschaft und dem Sozialbereich zu geben. Monika Stocker, Vorsteherin des Zürcher Sozialdepartements, bestätigte, es sei dringlich, endlich zu handeln. Die Probleme hätten sich akzentuiert, seit sich die Wirtschaft im Zuge der Globalisierung aus der sozialen Verantwortung

verabschiedet habe und an der Erhaltung von Arbeitsplätzen gar nicht mehr interessiert sei. Kleinunternehmer Ernst René Bär plädierte dafür, die Leute sollten sich besser selbst helfen und sich nicht auf Institutionen verlassen. Diesem Votum hielt Stocker entgegen, die beiden Netze, die bisher die soziale Sicherheit garantierten – nämlich die Wirtschaft via Lohnarbeit und die Familie via Gratisarbeit der Frauen – würden nicht mehr wie einst funktionieren: «1997 ist die Realität anders, die alten Rezepte taugen nichts mehr.» Statt alte Werte zu beschwören, gelte es, neue zu entwickeln. Zentral ist für Stocker ein Richtungswechsel bei der sozialen Sicherung. Sie sei darauf ausgerichtet, die Tüchtigen zu entschädigen – wer Arbeit hat, erhält Arbeitslosenentschädigung und bessere Renten. Früher, als genug Arbeit vorhanden gewesen sei, sei diese Rechnung aufgegangen. Heute aber, wo die Erwerbsarbeit knapp werde, «geht das nicht mehr». Es gelte deshalb, die soziale Sicherheit nach dem Finalprinzip zu organisieren, mit dem Ziel einer solidarischen Gemeinschaft. «Jedem und jeder muss eine Grundsicherung garantiert werden, egal welchen Namen man dem Kind letztendlich gibt», sagte Monika Stocker.

Uneinheitlicher Arbeitsmarkt

Bruno Köstinger, Leiter des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV) im freiburgischen Tafers, bestritt, dass es zu wenig Arbeit gebe. Er suche mehrere hundert qualifizierte Arbeitskräfte, während schlecht Ausgebildete schwierig zu plazieren seien. «Deshalb sollten Unternehmen verpflichtet werden, auch Unqualifizierte anzustellen und ihnen in-

nerhalb des Betriebs eine Qualifizierung zu ermöglichen,» meinte dazu eine Stimme aus dem Publikum. Hannes Lindenmeyer, Leiter der Inlandabteilung des ArbeiterInnenhilfswerks SAH, wehrte sich gegen die von Ernst René Bär vertretene Ansicht, mit genügend Willen könne sich jeder selbst helfen. Lindenmeyer verwies auf die global und regional ungleich verteilten Chancen, wofür

nicht die Betroffenen verantwortlich gemacht werden dürften. Selbst wenn sich der Arbeitsmarkt erholen sollte, werde von den Arbeitslosen eine Requalifizierung verlangt, damit sie wieder einsteigen können. «Die Halbwertszeit der Anforderungen bei qualifizierter Arbeit hat sich drastisch verändert; Wissen veraltet immer rasanter.» Lindenmeyer glaubt, dass eine Vollbeschäftigung wie

Das Kopenhagen-Programm: 10 Verpflichtungen für soziale Entwicklung

1. Schaffung eines wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen und rechtlichen Umfelds, das soziale Entwicklung für alle möglich macht.
2. Die Länder setzen sich für eine entschlossene Armutsbekämpfung ein.
3. Beschäftigungspolitik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung.
4. Förderung der sozialen Integration.
5. Verstärkung der Partizipation der Frauen und ihrer Rolle im politischen, bürgerlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben.
6. Förderung der Bildung und Zugang für alle zur Basisgesundheitsversorgung.
7. Die am wenigsten entwickelten Länder und die afrikanischen Staaten sollen im Bereich der sozialen Entwicklung besondere Unterstützung erhalten.
8. Strukturanpassungsprogramme sollen soziale Entwicklungsziele enthalten.
9. Die für die soziale Entwicklung eingesetzten Mittel sollen beträchtlich erhöht und wirksam eingesetzt werden.
10. Bessere internationale Zusammenarbeit im Bereich der sozialen Entwicklung.

Es fehlen:

- Ein Kontrollverfahren über die Einhaltung der Verpflichtungen.
- Verbindliche quantitative Zielvorgaben (wie beispielsweise die von der Uno geforderten 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes für die öffentliche Entwicklungshilfe).
- Konkrete Aussagen zur Lösung der Schuldenproblematik der ärmsten Länder.
- Eine Verpflichtung zur 20:20-Regel: Industrieländer verwenden 20 Prozent ihrer Entwicklungsgelder und die Entwicklungsländer 20 Prozent ihrer Staatsausgaben für soziale Basisprogramme.

bkm

in den 70er und 80er Jahren, wohl kaum mehr erreicht werde. Es sollte deshalb ein gesellschaftlicher Diskurs darüber stattfinden, wie Arbeit anders und besser verteilt werden könnte.

Umdenken nötig

Auch der Zentralsekretär der christlichen Gewerkschaft für Industrie, Handel und Gewerbe, Charles Steck, votierte für eine Wertediskussion. Er erinnerte daran, dass sich das gesamte Arbeitsaufkommen aus bezahlten *und* unbezahlten Tätigkeiten zusammensetzt. Die Gewerkschaften seien heute zu Experimenten mit neuen Arbeitsmodellen bereit. Dazu müsste aber erst ein Umdenken in vielen Köpfen stattfinden. Oft sperrten sich nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Arbeitnehmer gegen innovative Modelle zum Teilen von Arbeit. «Viele Männer müssen erst noch lernen, dass es nicht unmännlich ist, nur zu fünfzig Prozent erwerbstätig zu sein,» mahnte Steck.

Sozialhilfe für die Wirtschaft

Silvia Staub-Berlusconi, Dozentin an der Schule für soziale Arbeit in Zürich, hält eine Umverteilung der Arbeit für eine mögliche Lösung. Sie gibt allerdings zu bedenken, dass bei einem Einkommen von 3'500 Franken Lohnneinbussen nicht verkraftet werden könnten. So bleibe für viele eine Teilung der Erwerbsarbeit ein frommer Wunsch. Erschwerend komme bei der Diskussion neuer Modelle hinzu, dass sich vor allem das mittlere Kader gegen ein Abgeben oder Teilen von

Macht sträube. Staub wehrte sich gegen die Behauptung, der Sozialstaat gehe verschwenderisch mit seinen Mitteln um. «Wer die Sozialhilfe des Staates an die Wirtschaft, die Steuererleichterungen und andere «freundliche Bedingungen» addiert, sieht, dass diese umgekehrte Sozialhilfe den Staat weit mehr belastet.»

«Kopenhagen hat uns eingeholt»

Claudia Kaufmann, Generalsekretärin im für Sozialpolitik zuständigen Departement des Innern und Mitglied der organisierenden Arbeitsgruppe, attestierte den PodiumsteilnehmerInnen und ihrer Arbeitsgruppe: «Wir stellen die richtigen Fragen». Es zeige sich aber auch, dass es nicht einfach sei, sich einen Umbau des sozialen Staates im Zeichen abnehmender Erwerbsarbeit vorzustellen. Auf die Frage, ob «Kopenhagen» in der Schweiz nicht stattgefunden habe, meinte sie: «Kopenhagen hat uns eingeholt. Mehr als uns lieb ist.» 1995 hätten sich die VertreterInnen der Industriationen gegenüber den KollegInnen aus der sogenannten Dritten Welt in Belangen der Armutsbekämpfung oft etwas gönnerhaft gebärdet. «Damals waren wir noch nicht so stark betroffen, heute stecken wir mittendrin». Der Sozialgipfel habe ausserdem verdeutlicht, dass ohne das Engagement der Zivilgesellschaft – Nichtregierungsorganisationen wie beispielsweise private Hilfswerke und soziale Organisationen – das Problem der Armut nicht gelöst werden könne. Das heisse allerdings nicht, dass sich der Staat aus seiner Verantwortung ziehen dürfe.

Beatrice Kästli Meier